

VORWORT

Das Jahr 2020 – in jeder Hinsicht eine Herausforderung

Als Ende des vergangenen Jahres die ersten Meldungen über SARS-CoV-2 bekannt wurden, erahnte niemand, dass sich daraus eine weltweite Pandemie entwickeln würde. Am 31. Dezember 2019 wurde der Ausbruch einer neuen Lungenerkrankung mit noch unbekannter Ursache in Wuhan in China bestätigt. Ende Januar 2020 wurde die erste bestätigte Infektion mit dem neuartigen Coronavirus in Deutschland bekannt. Seitdem ist die Welt in der wir leben eine andere geworden.

Am 16. März 2020 beschließt das Bundeskabinett einen umfangreichen noch nie dagewesenen Maßnahmenkatalog und leitet den Lockdown für ganz Deutschland ein. Viele Bürgerinnen und Bürger machen sich Sorgen um ihre Existenzen. Es kommt zu zahlreichen Firmenschließungen. Das kulturelle Leben, die Gastronomie, die Luftfahrtbranche und fast der gesamte Eventbereich liegen am Boden. Ein Großteil der Erwerbstätigen befindet sich in Kurzarbeit mit allen negativen Be-

gleiterscheinungen. Das private Leben kommt fast völlig zum Erliegen. Die Bundesregierung beschließt milliardenschwere Hilfspakete um die Wirtschaft zu stützen und soweit es geht am Laufen zu halten. Eine Ausnahmesituation die sich auch in besonderer Weise auf die Arbeit der Polizei niedergeschlagen hat.

Der Infektionsschutz im täglichen Dienst im Streifenwagen und auf den Dienststellen bekommt eine herausragende Bedeutung. Es wird, soweit das geht in räumlicher Trennung und im Kohortenbetrieb gearbeitet. Viele Kolleginnen und Kollegen erleben bei den Corona-Kontrollen uneinsichtige und zum Teil auch gewalttätige Menschen. Es breitet sich eine sonderbare Stimmung aus, die auch außerhalb der direkten Corona Kontrollen immer mehr Gewalt gegen die Polizei mit sich bringt.

Am 24. 5. 2020 verfehlte ein 20 Kilo schwerer Blumenkübel der vom Eisernen Steg geworfen wurde, nur knapp eine Kollegin. Keine Woche später, am 29. Mai 2020, gab es den heimtückischen Überfall von Dietzenbach, als Polizistinnen und Polizisten in einen Hinterhalt gelockt und brutal angegriffen wurden. Am 20 Juli 2020 gipfelte die ansteigende Gewalt leider nur vorerst auf dem Frankfurter Opernplatz, als ein gewalttätiger Mob die eingesetzten Kolleginnen und Kollegen mit Flaschen und anderen gefährlichen Wurfgeschossen kollektiv angriff.

Am 30.10.2020 wurden Kolleginnen und Kollegen in Frankfurt und Darmstadt von zusammengeworteten Jugendlichen mit Flaschen, Steinen und Böllern beworfen.

Es ist mittlerweile unübersehbar wie sich die Spirale der Gewalt gegen die Polizei immer schneller dreht. Deshalb ist auch die von der GdP geforderte Studie über die Alltagserfahrungen von Polizistinnen und Polizisten sowie die Erforschung der Ursachen von Gewalt gegen die Polizei mehr denn je erforderlich.

Für den November wurde zwischenzeitlich der zweite Lockdown wegen der Corona-Pandemie beschlossen. Bei Drucklegung

dieser Zeitung war nicht absehbar, wie sich die Lage weiter entwickeln wird.

Als wenn die Polizei nicht schon genug mit den Auswirkungen der Pandemie und dem ganz normalen Tagesgeschäft zu tun hätte, kamen auch noch im Oktober die umfangreichen Polizeieinsätze im Zuge des Ausbaues der A49 dazu. Wochenlang mussten und müssen weiterhin hunderte von Kolleginnen und Kollegen im Dannenröder Forst und den angrenzenden Waldgebieten im 24/7 Modus, zum Teil sehr kräftezehrende und anstrengende Einsätze bewältigen. Die GdP hatte frühzeitig bei Innenminister Beuth interveniert und ein professionelles Hygienekonzept eingefordert.

Während der Einsätze um den Ausbau der A49 reduzierte sich planbare Freizeit für die Familie bei einigen Polizeibeamten auf null. Als dann auch noch durch das LPP eine landesweite Schichtumstellung an den HPR herangetragen wurde, war bei vielen Kolleginnen und Kollegen das Maß voll. Dies hätte bedeutet, dass nun auch die länger geplanten freien Tage um Weihnachten und Silvester, bei vielen dem neuen Dienstplan zum Opfer gefallen wären. Deshalb war die klare Ablehnung dieser Vorlage durch den HPR nur folgerichtig und im Interesse von allen Kolleginnen und Kollegen, die nun schon wochenlang unter Inkaufnahme zahlreicher Entbehrungen den Dienstbetrieb landesweit aufrechterhalten haben.

Genau in diese schwierige Zeit fiel auch noch der Castortransport. Der Transport der im März wegen der Corona Pandemie abgesagt wurde soll nun auf Biegen und Brechen durchgezogen werden, obwohl die Corona Bedingungen im November 2020 eher schwieriger und gefährlicher einzuordnen sind wie im März. Das verstehe wer will. Mit Fürsorge hat das jedenfalls wenig zu tun.

Die GdP Landesbezirke Hessen und Niedersachsen haben noch im Oktober in einer gemeinsamen Erklärung die erneute Ver-





schiebung des Castortransportes öffentlich eingefordert. Die Verantwortlichen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Spitze, haben jedoch nicht eingelenkt und uns in dieser äußerst angespannten und schwierigen Lage auch noch den Castor zugemutet. Wertschätzung schwerer Arbeit und verantwortlicher Gesundheitsschutz sehen anders aus.

Die GdP fordert deshalb die Politik dazu auf, sich intensiver mit den Arbeitssituationen und dem Arbeitsumfeld in der Polizei zu befassen und wertschätzender mit den Beschäftigten in der Polizei umzugehen, die sich unter immer schwieriger werdenden Bedingungen – teilweise unter Einsatz ihrer Gesundheit und ihres Lebens – für das friedliche Zusammenleben in unserer

Gesellschaft einsetzen. Dazu wird es im kommenden Jahr eine bundesweite mächtige Kampagne der Gewerkschaft der Polizei geben. 100% Einsatz verdienen 100% Einsatz – das ist die klare Botschaft der Kampagne.

Den schönen Worten müssen endlich Taten folgen, denn Lobgesänge haben wir genug gehört. Auch ohne die viel beschworene Systemrelevanz in der Pandemie, hat die Polizei eine herausragende Stellung in Staat und Gesellschaft zu erfüllen, die deutlich mehr Wertschätzung erfahren muss. Dazu bedarf es zweifelsohne, neben einem deutlicheren politischen Rückhalt für die Arbeit der Polizei, auch der Bereitstellung nicht unerheblicher finanzieller Mittel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch im kommenden Jahr 2021 werden wir die Pandemie nicht vollständig überwunden haben. Es steht zu befürchten, dass die zusätzliche Arbeit durch Coronakontrollen und Demonstrationen von Coronaleugnern und Verschwörungstheoretikern die Polizei weiterhin stark fordern werden.

Ich wünsche euch allen ein ruhiges und friedliches Weihnachtsfest und alles erdenklich Gute für das kommende Jahr. All die Kolleginnen und Kollegen die an den Feiertagen Dienst versehen müssen wünsche ich einen ruhigen Dienst und dass ihr alle wieder gesund zu euren Familien zurückkehrt.

**Herzliche Grüße – bleibt alle gesund
Euer Andreas Grün**

ZWISCHEN STACHELDRAHT, BARRIKADEN UND PYROS

Einsatz bei den Rodungen für den Ausbau der A49

Ab 1.10.2020 begannen die Rodungsarbeiten für den Ausbau der A49 im Bereich von Stadtallendorf. Nach Erlangung der Rechtssicherheit und der Erteilung der Baugenehmigung starten die beauftragten Firmen mit der Fällung der Bäume.

Mit der Planung und der Genehmigung der A49 haben sich bis zum heutigen Tag insgesamt 15 Bundesregierungen und 12 Regierungen des Landes Hessen, in unter-

schiedlichster Zusammensetzung, befasst. Die Parlamente und Regierungen wurden in geheimer und freier Wahl bestimmt und als Volksvertretung gewählt. Das Genehmigungsverfahren zum Ausbau der A 49 wurde höchstrichterlich überprüft und durchlief sämtliche Instanzen der Gerichtsbarkeit. Somit sind nun alle Rechtswege ausgeschöpft.

Zum Beginn der Rodungsarbeiten war die Polizei mit einem Großaufgebot vor Ort. Es mussten und müssen protestierende Aktivisten mit Hilfe von Höhen-Interventions-Teams von den Bäumen geholt werden. Der Sicherheitsbereich wird abgesucht und vermeintliche Protestler aus dem Wald gebracht und mit einem Platzverweis belegt. Erst dann konnte und kann mit der Rodung begonnen werden. Die Sicherheit steht an erster Stelle, sodass es öfters zu Verzögerungen kommt. Um dies zu gewährleisten ist ein großer Teil der Kräfte direkt im und am Wald gebunden. Hinzu kommt der technische Aufwand um die Aktivisten zu bergen.

Da allen Gegnern der A49 das Versammlungs- und Demonstrationsrecht eingeräumt wird, werden auch außerhalb der Waldgebiete eine große Zahl an Kräften benötigt. Bis jetzt hat die Polizei es ermöglicht die Rodungsarbeiten durchzuführen und zu schüt-

zen, sowie das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu gewähren. Bisher verliefen die Proteste friedlich und es konnten zum Glück keine Verletzten beklagt werden.

Die Polizei des Land Hessen bekommt Unterstützung von den anderen Bundesländern sowie der Bundespolizei um diese Großlage zu bewältigen. Die eingesetzten Kolleg*innen sind in Hotels rund um den Einsatzort untergebracht, sodass Ruhe- und Erholungszeiten eingehalten werden können.

Im Bereich Stadtallendorf (Kreis Marburg-Biedenkopf) sollen insgesamt 85 Hektar gerodet werden. Diese Fläche teilt sich auf drei Wälder auf. So sollen im Herrenwald ca. 49 Hektar gerodet werden. Im Maulbacher Wald bei Homberg (Vogelsbergkreis) wurden bereits etwa 3,5 Hektar Bäume abgeholzt. Im Danneröder Forst, der sich als das Symbol und Zentrum für die A49-Proteste herauskristallisiert hat, haben die Rodungen von ca. 27 Hektar noch nicht begonnen. Laut Angaben der verantwortlichen Firma Deges sollen etwa 750 Hektar neu aufgeforstet werden. Unter anderem ist ein naturnaher Wald, als Ausgleichsfläche geplant.

Um die Rodungsarbeiten zu behindern oder zu erschweren sind die Aktivisten sehr kreativ. Von aufgestellten Tripods, Quertra-



Foto: © Hendrik Urban, osthessen-news.de

versen, Hängematten in luftiger Höhe, Lookon, Plattformen bis hin zu Baumhäusern findet man in den Waldgebieten rund um die geplante Trasse. Hinzu kommen Blockaden aus allen möglichen Materialien. Meist handelt es sich um Baumstämme und aufgeschichtete Äste auf den Waldwegen. Inzwischen kommt es auch vor, dass „Krähennägel“ auf den Waldwegen verstreut werden und Einsatzfahrzeuge zu Schaden kommen. Eingeschlagene Nägel in den Baumstämmen sollen eine Fällung des Baumes verhindern. Solch präparierte Bäume sind mit Hinweisen für die Waldarbeiter versehen.

Alle Beteiligten sind sich aber einig, dass die bisherigen Proteste, die zur Verlangsamung der Rodungsarbeiten geführt haben nur ein kleiner Vorgeschmack auf das waren, was die Einsatzkräfte im Danneröder-Forst erwarten wird. Dort sind teilweise festungsartige Strukturen entstanden, die von internationalen Aktivisten bewohnt werden. Baumhäuser mit entsprechender Verglasung und Solaranlagen befinden sich in schwindelerregenden Höhen und sind durch entsprechende Drahtseile gesichert. Betonblockaden befinden sich in den Waldwegen. Dies ist nur ein kleiner Auszug von dem, auf was die Kolleg*innen im Danneröder-Forst stoßen werden. Es bleibt zu hoffen, dass es keine Verletzte oder sogar Tote gibt.

Leider kam es bei den bisherigen Protesten auch zu unschönen Situationen. So wurde ein Einsatzfahrzeug völlig unvermittelt auf dem Weg zur Ablösung aus dem Wald mit Steinen angegriffen. Diese durchschlugen die Seitenscheiben und gelangten ins Innere des Fahrzeuges, aber verletzten zum Glück niemanden.

Auch ein weiterer Angriff verlief glimpflich. Ein Einsatzfahrzeug musste wegen einer Wegblockade auf einem Waldweg stop-

pen. Sofort wurde hinter dem stehenden Fahrzeug eine weitere Blockade errichtet und Steine auf das Fahrzeug geworfen. Auch in diesem Fall wurde niemand verletzt und die Täter verschwanden unerkannt im Wald.

Einen gesicherten Funkmast der Polizei beschossen die Aktivisten aus dem Wald heraus mit Feuerwerkskörpern. Auf Grund fehlender Reichweite entstand kein Schaden und die Kollegen wurden nicht gefährdet.

Allerdings zeigen diese Einzelfälle, zu was Teile der A49-Gegner fähig sind. Anscheinend sind selbst Angriffe auf die Gesundheit und Leben der Kolleg*innen ein Mittel um den Ausbau der A49 zu stoppen.

Auch außerhalb des Rodungsbereiches kommt es zu unterschiedlichen Protesten. So fanden an mehreren Autobahnbrücken Abseilaktionen statt, sodass diese voll gesperrt werden mussten und es zu stunden-

langen Verzögerungen und einem immensen wirtschaftlichen Schaden kam. Die, an der Brücke hängenden, Aktivisten mussten unter großem Aufwand von einem Höhen-Interventions-Team gerettet werden. Dieses musste teilweise extra mit dem Hubschrauber vor Ort geflogen werden. Was nun straf- oder zivilrechtlich auf die Aktivisten zukommt ist noch nicht abzusehen. Bei der letzten Aktion wurde gegen 10 Protestler U-Haft angeordnet, weil die Identität offensichtlich nicht feststeht.

Für die Unterbringung und die Verpflegung der Kräfte im Einsatz wurden Teile der Herrenwaldkaserne in Stadtallendorf angemietet. Es handelt sich um stillgelegte Bundeswehr-unterkünfte, in denen sich die Kolleg*innen im Einsatz verpflegen und erholen können. Die Verpflegung wird mit Unterstützung des THW ausgegeben. Auf Grund der Corona-Pandemie sind leider nur

Anzeigen

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.
Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de.
Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de
www.vdp-polizei.de



„Durch unsere GdP-Vertreter vor Ort besteht kontinuierlich Kontakt zu den Einsatzkräften, sodass sofort auf Mängel und Beschwerden reagiert werden kann.“

Einzelportionen und kein Bufett, wie man es anderen Einsatzlagen kennt, zulässig. Für die Entsorgung wurden auf dem Gelände Toilettencontainer in ausreichender Anzahl aufgestellt. Diese sind beheizt und werden rund um die Uhr von einer Reinigungsfirma betreut, sodass auch hier ein Corona-Standard gehalten wird.

Gerade im Hinblick auf die Verpflegung und Unterbringung wurde die GdP Hessen aktiv. Bereits bei der vor-Ort-Besichtigung der stillgelegten Kaserne war klar, dass eine externe, ordentliche, wintertaugliche Sanitär-lösung gefunden werden muss, was zu der oben erwähnten Lösung führte.

Des Weiteren stellte die Heizung in den Räumlichkeiten ein Problem dar. Die Heizkraft der Fernwärme reichte nicht aus, um die Aufenthaltsräume angemessen zu beheizen. Inzwischen wurde die Heizleistung verstärkt und die Einsatzkräfte können sich nun in den Gebäuden aufwärmen.

Im Bereich des Arbeitsschutzes veranlasste die GdP über die Personalräte und

den Hauptpersonalrat die Beschaffung eines Repellents (Schutzmittel) gegen Zecken, da es sich bei Teilen der Waldgebiete um Risikogebiete handelt. Auch steht für die Einsatzkräfte im Wald Klebeband zum Abkleben der Hosenbeine zur Verfügung.

Durch unsere GdP-Vertreter vor Ort besteht kontinuierlich Kontakt zu den Einsatzkräften, sodass sofort auf Mängel und Beschwerden reagiert werden kann. Unter anderem wurde ein größeres Zelt zur Verpflegungsausgabe aufgestellt, um die War-teschlangen zu entzerren und die Ausga- be zu beschleunigen.

Abstände können besser eingehalten werden. Dennoch ist immer noch die Eigenverantwortlichkeit der Kollegen*innen gefordert.

Die anfänglich angedachte Arbeits- und Einsatzzeit konnte mit Hilfe des Hauptpersonalrats rechtzeitig angepasst werden. Eine Schichtumstellung für das gesamte Land Hessen wurde durch den HPR abgelehnt, da es keine zusätzlichen Kräfte freigesetzt hätte.



Im Einsatz befinden sich jetzt auch Hygienescouts, die im Nebenamt den Arbeitsschutz unterstützen. Mit ihrer Hilfe soll eine Ausbreitung der Covid-19-Pandemie eingeschränkt werden. Die Hygienescouts dienen als Hinweisgeber und Ansprechpartner hinsichtlich getroffener und zu treffender Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Covid-19-Virus.

Alles in allem handelt es sich um einen der umfangreichsten Einsätze, die das Land Hessen in den letzten Jahren hatte. Über die Dauer des Einsatzes und den weiteren Umfang kann im Moment wohl noch niemand etwas sagen. Es wäre ein Blick in die Glaskugel. Vermutlich endet der Einsatz erst mit der Eröffnung der A49 von Kassel bis zum Ohmtal-Dreieck. Es bleibt zu hoffen, dass es keine Verletzten oder Toten gibt. Diesbezüglich kann man nur an die Vernunft jedes Einzelnen appellieren.

Martin Mohr,
Anfang November 2020

DP – Deutsche Polizei
Hessen

Geschäftsstelle
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 99227-0
Telefax (0611) 99227-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
Markus Hüschentt (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden



Mit im Boden Stolpersteinen wird an das Schicksal der Menschen erinnert, die in der NS-Zeit verfolgt, ermordet, deportiert, vertrieben oder in den Suizid getrieben wurden, in diesem Fall in der Kaiserstraße in Offenbach.

Gesellschaft

Welche Schlüsse zieht ein Polizist aus den Erfahrungen des 9. November 1938 für die gegenwärtige gesellschaftliche Situation und seine Aufgaben?

Am 9. November 1938 haben seit Jahrhunderten gesteigerte und organisierte Vorurteile zu Verbrechen geführt, die allein schon den Ruf des deutschen Volkes schwer belasten. Die bis Kriegsende politisch organisierten über 6 Millionen Morde von Juden und Andersdenkenden in den Konzentrationslagern bleiben schwerwiegende Verbrechen an der Menschheit.

Weil gegenüber Juden bestehende Vorurteile nicht durch eigene Erfahrungen entstanden, sondern durch unbelegte Glaubensvorstellungen, ist es dringend geboten, das Volk, besonders jedoch Lehr- und Sicherheitskräfte über Ursachen und Folgen der Wissenslücken, Einstellungen und Taten nachhaltig zu informieren. Gefestigte Tatsachenkenntnisse sind eine sichere Grundlage, verführerisch-schädigenden Einflüssen zu widerstehen. Der 9. November ist für Deutsche der geschichtsträchtigste Tag des 20. Jahrhunderts. Mit dem 9. November sind verhängnisvolle aber auch glückliche Ereignisse und Erinnerungen verbunden. 1918 wurde die erste deutsche Demokratie ausgerufen, die 1933 ein unrühmliches Ende fand. 1923 hätte der „Hitler-Ludendorff-Putsch“ eine wirksame Warnung vor den ab 1933 folgenden nationalistischen Egoismen sein können.

Die Reichspogromnacht 1938, in der jüdische Geschäfte und Synagogen brannten, gehört zu den beschämenden aber auch ständig in Erinnerung gerufenen Kapitelen dunkelster deutscher Geschichte.

Die danach folgende Unterdrückung, Vertreibung und Ermordung von mehr als sechs Millionen Juden in den Konzentrationslagern wird Deutschland noch lange als geschichtliche Hypothek belasten.

Dagegen wird der 9. November 1989 als Freudentag unsere Geschichte prägen. Die friedliche Revolution in der DDR führte zum Ende der kommunistischen Diktatur und zum Fall der Berliner Mauer mit der Wiedervereinigung am 3.10.1990. „Geschichte ist die Lehrerin des Lebens.“

Diese wertvolle Erkenntnis stammt vom römischen Schriftsteller und Philosoph Marcus Tullius Cicero, der 106 bis 43 v.Chr. lebte. Sie war wohl auch die Motivation für unsere Kultusministerkonferenz zu beschließen, in jedem Jahr am 9. November einen Projekttag in den Schulen durchzuführen. Ziel des Projekttag ist es, eine vertiefte Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert anzuregen.

Im Auswahlverfahren für den Polizeidienst werden Geschichtskennnisse und demokratische Grundhaltung der Bewerber eingehend überprüft.



Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas, kurz Holocaust-Mahnmal, in Berlin erinnert an die rund sechs Millionen Juden, die unter der Herrschaft der Nationalsozialisten ermordet wurden.

Während des dreijährigen Studiums an der Hochschule für Polizei und Verwaltung werden Kenntnisse zur Polizeigeschichte, zu Staat, Verfassung und Grundrechten vertieft, sodass die künftigen Ordnungshüter den Dienst als überzeugte Demokraten ohne Bedenken oder gar Hintergedanken ablegen können.

Wegen der seit Jahren zunehmenden stressigen Anforderungen im Dienst, werden die Beamten intensiv darauf vorberei-

tet, sich insbesondere in Konfliktsituationen nicht provozieren zu lassen.

Dennoch ist nicht auszuschließen, dass Einzelne später zu Dienstpflichtverletzungen verleitet werden.

Seit der Jahrtausendwende, insbesondere nach der „Zäsur“ des NSU-Skandals, ist aber „das Problembewusstsein gestiegen“.

Angesichts verschiedener polizeiinterner Bildungsmaßnahmen mit dem Ziel, das Wissen um Rechtsextremismus zu verbessern, die Toleranz sowie die soziale respektive interkulturelle Kompetenz der Polizistinnen und Polizisten zu stärken, ist das „Bemühen unverkennbar, Fremdenfeindlichkeit bei der Polizei zunehmend offensiver anzugehen.“

Allheilmittel, geschweige denn Selbstläufer sind diese Maßnahmen jedoch nicht. Unverzichtbar bleiben die wissenschaftliche Begleitung und die regelmäßige Supervision.

Wir üben das Gewaltmonopol aus und müssen jederzeit vorbehaltlos für die freiheitlich demokratische Grundordnung eintreten.

Gerade deshalb haben wir im internationalen Vergleich sehr hohe Anforderungen an die Voraussetzungen und die charakterliche Eignung von Bewerbern. Ständig weiterentwickelte Standards bei Aus- und Fortbildung lassen beispielsweise einen Vergleich der deutschen mit der Polizei der USA nicht zu, um auf die Vorwurfslagen im Zusammenhang mit der Ermordung von George Floyd zu reflektieren.



Stolperstein in der Luisenstraße in Offenbach.



Foto: M. Hüschelbitt

Rechte Chatgruppen von Polizeibeschäftigten (in mehreren Bundesländern) sorgen nicht nur für Betroffenheit der deutlichen Mehrheit rechtschaffenen Polizeibediensetzten, auch die Bevölkerung und die Medialandschaft ziehen daraus Schlüsse.

Von Intoleranz und Hass darf sich ein Polizist niemals hinreißen lassen.

Dies führt zu einem hohen Maß an Vertrauensverlust in der Bevölkerung, der nur langsam wiederaufgebaut werden kann. Vertrauen entsteht durch Professionalität der Polizei. Dabei muss die Polizei das Gewaltmonopol mit der notwendigen Integrität ausüben – ohne Rücksicht darauf, wer Beschuldigter oder Opfer ist.

Fremdenfeindlichkeit, Judenhass und Rassismus bleibt für Polizisten tabu.

Wer als Polizist Nazi-Devotionalien sammelt, und / oder Verbindungen zu Fremdenhass neigenden Gruppen pflegt, kann kein überzeugter Demokrat sein. Er verdient es nicht „geschont“ zu werden, weil er dem Berufsbild schadet.

Polizisten wissen, dass derart erhebliche Dienstpflichtverletzungen mit Entfer-

nung aus dem Dienst geahndet werden. Bei etwa 325.000 Polizisten in Deutschland (mit BKA und Bundespolizei) ist es jedoch maßlos übertrieben, aus den Einzelfällen auf rechtsradikale Tendenzen in der Polizei zu schließen. Ganz klar: wir schützen als Polizei keine politische Haltung - weder rechts noch links!

Der seit 19. Juli 1950 bestehende Zentralrat der Juden warnt seit Jahren vorzunehmendem Antisemitismus. Laut BKA Präsident Münch gehen schon seit Jahren mehr als die Hälfte der politisch motivierten Straftaten von der rechten Szene aus. Mehr noch: nach den Anschlägen von Halle und Hanau und dem Mord an Dr. Lübcke erfahren wir eine neue Qualität der Gewalt.

Wenn Hass, Hetze und Bedrohungen dazu führen, dass sich Menschen aus Engagement, Ehrenamt und Mandat zurückziehen – oder gar vor Angst ihre Religion nicht mehr offen ausleben wollen, erreichen antisemitische Straftaten ein demokratiegefährdendes Ausmaß.

Auch über institutionellen Rassismus oder den Vorwurf rassistischer Polizeipraxis

wird weiter gestritten werden. Entsprechende Vorwürfe sollten die Behörden ernsthaft prüfen und für die Öffentlichkeit nachvollziehbar aufklären, nicht zuletzt, um einem schwindenden Vertrauen gegenüber Polizeibehörden entgegenzuarbeiten. Gerade der Fall NSU hat gezeigt, dass die Polizei durch Fehler und Fehleinschätzungen in Teilen der Gesellschaft in tiefgreifende Legitimationskrisen geraten kann. Die konsequente Umsetzung der seit 2013 formulierten umfassenden Reformmaßnahmen für die Polizei bleibt eine Daueraufgabe. Ebenso werden die Abwehr und Aufklärung rechtsmotivierter Straf- und Gewalttaten sowie das Vorgehen gegen organisierten Rechtsextremismus ein zentrales Feld polizeilicher Arbeit bleiben. Wie gut die Polizeibehörden zur Bewältigung dieser und kommender Herausforderungen gerüstet sein werden, bleibt abzuwarten.

Ich jedenfalls habe vor über 33 Jahren den Polizeiberuf aus Überzeugung ergriffen. Dies würde ich auch heute jederzeit wieder tun!

Jens Mohrherr

NEUE HOCHSCHULE – „HÖMS“, STUDIERENDE WÄHLEN KEINEN PERSONALRAT?

GdP und Personalrat HPA kämpfen gemeinsam mit den Studierenden für das Wahlrecht

Jörg Thumann
HPA

„HÖMS“ soll sie heißen die neue Hochschule, die gegründet werden soll am 01. Januar 2022. Nach der Zusammenlegung der jetzigen Polizeiakademie, der HfPV und der Zentralen Fortbildung Hessen steht das hehre Ziel eine Hochschule „aus einem Guss“, d.h. Aus-, Fort- und Weiterbildung „aus einer Hand“ zu kreieren. Aus Sicht der Gremien zu begrüßen, ist dies doch der richtige Schritt in die Zukunft. Ein ehemaliger Landespolizeipräsident hat zu Beginn der Überlegungen betont eine der modernsten Polizeihochschulen Deutschlands zu gestalten und alle Mitarbeiter aufgerufen sich aktiv und mit Ideen in diesen Prozess einzubringen.

Aber das Einbringen der Mitarbeiter endet schon bei der Gestaltung des Namens, der zu-

künftigen Bildungseinrichtung. „Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit“, keiner weiß genau wer diesen Namen erfunden hat. Hätte man die Kollegen mal fragen sollen? Aber vielleicht wäre dann der Vorschlag gekommen das Wort „Polizei“ zu verwenden, bei 3000 Polizeistudierenden und 13.000 Polizeikolleginnen und Kollegen in der Fortbildung. Aber dieses „Unwort“ will man vielleicht nicht.

Und noch etwas will man nicht. Das HPVG soll geändert werden. Polizeistudierende wählen nicht mehr den örtlichen Personalrat. „Es ist das Ziel für die zukünftige Hessische Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit eine angemessene Balance zwischen den Bedürfnissen des Polizeibereichs und den Bedürfnissen des nichtpolizeilichen Bereichs zu finden“ so die Begründung im Ministerium.

Zuviel Polizei in einer Einrichtung, deren Hauptaufgabe darin besteht den Polizeinachwuchs auszubilden und Kolleginnen und Kollegen fortzubilden?

Wenigstens sollen die Studierenden den HPR Polizei wählen dürfen.

Was pikanterweise nicht geändert werden soll ist das Hochschulgesetz in Bezug auf die hochschulischen Gremien Senat und Fachbereichsräte. Hier



Foto: © Holger Lang / pixelio.de



haben die Professoren und Hochschuldozenten (die größtenteils keine Polizeibeamten sind) die absoluten Mehrheiten. Sie bestimmen über Führungspositionen, Lehrinhalte, Beförderungen im Dozentenbereich. Hier wird keine angemessene Balance gesehen. Hier wird nichts verändert.

Der Gedanke kommt auf, man will nicht „so viel“ Polizei in dieser neuen Hochschule. Perspektivisch sind 3000 Beamtinnen und Beamte auf Widerruf Beschäftigte der HÖMS. Ohne das Recht einen Personalrat zu wählen.

Als erste Reaktion hat der Landesvorsitzende Andreas Grün Innenminister Beuth antwortet. Der Personalrat der HPA hat eindeutig sich für ein Wahlrecht ausgesprochen und einen Fachanwalt eingeschaltet. Selbst der Personalrat der jetzigen HfPV spricht sich für ein Wahlrecht der Studierenden aus.

Auch die Studierenden reagieren. In einem Brief an Innenminister Beuth zitieren

sie Grundgesetz und Hessische Verordnung. Das Grundgesetz und der § 37 der Hessischen Verfassung verbieten eigentlich dieses Vorhaben. Werben gerade in der jetzigen Zeit nicht alle damit den jungen Kolleginnen und Kollegen ein Demokratieverständnis beizubringen und die Sozialisierung in die Polizei zu stärken? Gerade in der derzeitigen Situation, wäre es unverständlich angehenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten das Wahlrecht zu entziehen.

Zitiert wird auch der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen CDU Hessen und Bündnis90/Die Grünen. Es wird von einer Fortentwicklung der Personalvertretung gesprochen. Eine Wegnahme des Wahlrechts wäre jedoch ein Rückschritt und würde diesem Vorhaben entgegenstehen.

Zusammenfassend fordert die Studierendenvertretung: „Es sollte uns das Recht zugestanden werden, Einfluss auf die Zusam-

ensetzung des Gremiums zu haben, dass uns vertritt, berät und betreut. Aber auch mitbestimmt bei Einstellung, Entlassung und in Disziplinarangelegenheiten oder Regressforderungen“.

Wie geht es nun weiter. Die GDP, der Personalrat der HPA und die Studierenden werden weiterhin gemeinsam versuchen die politisch Verantwortlichen von diesem Vorhaben abzubringen, auch auf dem Weg des Gesetzgebungsverfahrens in den Landtag und den dortigen Fraktionen. Sollte das Gesetz so kommen könnte eine Verfassungsklage ins Auge gefasst werden.

PS. Es gibt auch schon ein Organigramm der „HÖMS“. Ganz klein unten taucht ein Kästchen auf das heißt „Fachfortbildung Polizei“. Wir erinnern uns, Fachfortbildung für über 13.000 Kolleginnen und Kollegen. Ein Schelm der Böses denkt. Aber immerhin das Wort „Polizei“ taucht auf. ■

IMMER EINE GROSSE HERAUSFORDERUNG

Berufsvertretungsstunde an den vier hessischen Standorten

Stefan Rüppel
stellv. Landesvorsitzender

Für die GdP Hessen ist es zweimal im Jahr immer wieder eine große Aufgabe und Herausforderung, unseren Nachwuchswachstum für einen Eintritt in die GdP zu überzeugen. Zu diesem Einstellungstermin waren 500 neue Kolleginnen und Kollegen eingepflegt, jedoch konnten nur 334 eingestellt werden. Die Bewerberzahl sinkt rapide. Andere Bundesländer und die Bundespolizei sind attraktive Konkurrenten auf dem Markt um die „besten Köpfe“.

Ob die 166 fehlenden Bewerber im September zusätzlich gewonnen werden können bleibt abzuwarten.

An allen vier hessischen Standorten in Wiesbaden, Mühlheim, Gießen und Kassel hatten sich bunt gemischte Teams aus verschiedenen Bezirksgruppen gut vorbereitet und wieder eine Menge an Infomaterial, den Beitrittsgeschenken und kleinen

Aufmerksamkeiten gepackt und die Stände personell stark besetzt.

Der Erfolg der letzten Jahre verpflichtet, beide Termine der Neueinstellungen im Februar und September gut vorbereitet anzutreten.

Auch bei dieser Runde spricht die Vorbereitung wieder für die GdP. Bei der Schutzpolizei konnten ca. 80 % der Bewerberinnen und bei K 30 % für die GdP gewonnen werden.

Allen neuen Kolleginnen und Kollegen wünsche ich an dieser Stelle einen guten Start in einen interessanten und abwechslungsreichen Beruf. An allen Standorten habt ihr Flyer mit Standortverantwortlichen bekommen, an die ihr euch immer wenden könnt, wenn ihr Fragen oder Probleme hat. Die GdP ist für euch immer an allen Standorten erreichbar.

In diesem Jahr wurde es auch an den Ständen sehr politisch, da die Landes-



Fotos: GdP Hessen

Erschöpftes Vortragsteam nach den Vorträgen



Team Kassel: 2. Woche mit Junger Gruppe Nordhessen



Spaß am Standort Gießen



Stand an der frischen Luft

regierung wenige Tage nach Beginn des neuen Studiums verkündete, dass alle Studierenden die im September 2020 beginnen, 150 Euro mehr Zulage bekommen sollen, da Hessen bislang die benötigten Bewerber für dieses Jahr nicht in Aussicht hat. Diese Ankündigung ließ na-

türlich alle bereits im Studium befindlichen Kolleginnen und Kollegen verärgern. Warum sind sie von einer solchen Zulage ausgenommen? Die GdP forderte sogleich die Einführung dieser Zulage auf alle im Studium befindlichen Anwärter zeitgleich anzuwenden. Sicher wird es

hier noch zu einer harten gewerkschaftlichen Auseinandersetzung mit der Landesregierung führen.

Seit September 2017 konnten an den vier Hochschulen somit fast 2000 neue Mitglieder für die GdP Hessen gewonnen werden. ■

Jubilare & Sterbefälle

25-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Ursula Brückner
Werner Dietzel
Matthias Krakow
Christian Kreinbihl
Ute Mehner
Markus Rieth
Gabi Rudolph
Ana Strauch
Nadja Testory
Andreas von Rebenstock
Holger Wegmann
Sandra Rebecca Wöllenstein
Kreisgruppe Offenbach

Markus Jaux
Kreisgruppe Bad Homburg

Jürgen Führer
Melanie Schüller
Volker Taffe
Dietmar Urhahn
Kreisgruppe Groß-Gerau

40-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Armin Brandes
Hans-Joachim Gehlen
Rainer Heberer
Beate Kaiser
Ulrich Löffler
Renate Mahl
Berthold Reith
Willi Schäfer
Bernd Schmidt
Kreisgruppe Offenbach

Ralph Cezanne
Helmut Gerz
Udo Köhler
Michael Luch
Kreisgruppe Groß-Gerau

50-jähriges Gewerkschaftsjubiläum

Arno Althaus
Gerald Baumgartl
Klaus-Peter Daube
Dieter Frisch

Wir trauern um unsere Mitglieder

Gerta Heil
Fritz Greiner

Kreisgruppe Frankfurt

Waltraud Dey

Kreisgruppe Frankfurt

Lara Blaikner

Kreisgruppe HBP Mühlheim

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!

Heinrich Meves
Erhardt Schütze
Kreisgruppe Offenbach
Peter Ossig
Kreisgruppe Bad Homburg